

# Ja zu Steuersenkungen

Der Regierungsrat befürwortet weitgehend zwei bürgerliche Steuersenkungsmotionen

Der Regierungsrat sagt weitgehend Ja zu zwei Motionen, die für mittlere und höhere Einkommen Steuersenkungen verlangen. Eine Steuersenkung im Umfang von mindestens 200 Millionen, wie sie zwei FDP-Grossräte fordern, geht der Regierung aber zu weit.

STEFAN WYLER

Das klare Nein des Volks zur Steuersenkungsinitiative der Wirtschaftsverbände im Februar hat die Diskussion um Steuersenkungen im Kanton Bern nicht beendet. Schon im März forderten die zwei FDP-Grossräte und Wirtschaftsvertreter Christoph Erb und Adrian Haas eine Senkung der Einkommenssteuern im Umfang von mindestens 200 Millionen Franken – rund halb so viel, wie die Steuerinitiative gekostet hätte. Im Juni dann reichte die SVP eine Motion ein, in der sie «gezielte Steuerentlastungen für Familien und Mittelstand» verlangte. Die zwei Vorstösse werden nun in der November-session im Grossen Rat diskutiert. Und der Regierungsrat, der die Steuerinitiative heftig bekämpft hatte, beantragt, die Vorstösse (mit gewissen Abstrichen) anzunehmen. Das sei keine neue Position, sondern eine Bestätigung der Haltung des Regierungsrats, sagte Fi-

nanzdirektor Urs Gasche gestern auf Anfrage. «Wir haben immer gesagt, dass man im Bereich der mittleren und oberen Einkommen etwas machen muss». Hier gehöre der Kanton Bern zu den steuerungünstigeren Kantonen. Entlastungen in diesem Bereich seien «eine politische Notwendigkeit».

**SVP will NFA-Geld verteilen**

Weniger Konfliktstoff scheint der Vorstoss der SVP zu bergen, der eine Motion des SVP-Grossrats Peter Brand konkretisiert, die der Grosse Rat (auf Antrag der Regierung) im Februar mit grossem Mehr verabschiedet hatte: Die Gelder, die der Kanton dereinst aus dem neuen eidgenössischen Finanzausgleich NFA kassiert, – erwartet werden rund 90 Millionen Franken – sollen demnach für gezielte Steuerentlastungen verwendet werden. Die neue SVP-Motion macht hierfür nun einen Vorschlag:

- Steuerbare Einkommen ab 30 000 Franken sollen mit einem Steuerrabatt (zwischen 2 und 5 Prozent) entlastet werden.
- die Kinderabzüge (heute: 4400 Franken) sollen um 600 Franken erhöht werden
- Finanziert werden sollen diese Entlastungen einerseits durch die 90 Millionen NFA-Gelder, andererseits dadurch, dass die kalte Progression nur zur Hälfte ausgeglichen werden soll.

Der Regierungsrat empfiehlt die SVP-Motion zur Annahme, mit ei-

nem Vorbehalt. Den Punkt Kinderabzug möchte er nur als (unverbindliches) Postulat akzeptieren: Der Kanton Bern, so argumentiert er, kenne zwar effektiv unterdurchschnittliche Kinderabzüge, er lasse aber als einer von wenigen Kantonen einen zusätzlichen Abzug von Ausbildungskosten zu.

**Warnung vor neuen Schulden**

Mehr zu reden geben dürfte im Parlament die Motion Erb/Haas. Die Regierung empfiehlt diese – mit Abstrichen – zur Annahme. In der Stossrichtung sei die Regierung mit den Motionären einig, sagte Gasche. Richtig sei es, bei den Einkommenssteuern zu entlasten. Richtig sei auch, in jenen Bereichen zu entlasten, in denen Bern im interkantonalen Steuerwettbewerb heute ungünstig positioniert sei – bei mittleren und höheren Einkommen.

Was aber den Umfang der Steuersenkung angeht – da sieht es die Regierung ganz anders. Die geforderte Entlastung von 200 Millionen könnte zusammen mit dem gesetzlichen Ausgleich der kalten Progression zu einem Einnahmenverlust für die Staatskasse von rund 280 Millionen Franken führen – eindeutig zu viel, findet die Regierung. Gemäss Finanzplan sollen in den nächsten vier Jahren im Schnitt jährlich 46 Millionen Franken Schulden abgebaut werden. Eine Steuerentlastung gemäss Erb und Haas könnte laut Regierung

demnach klarerweise «nur mit einer neuen Verschuldung finanziert werden». Das aber will die Regierung nicht – und ist doch bereit die entsprechende Erb/Haas-Forderung in der Form des Postulats entgegenzunehmen. Hätte sie die Motion hier nicht konsequenterweise ablehnen müssen? Gasches Antwort: Die Regierung habe auch den Punkt als Prüfungsauftrag angenommen, da sie mit der Stossrichtung der Motion einig sei und die Höhe der Entlastung bei der Steuergesetzrevision wegen der Motion Brand ohnehin geprüft werde. Dass für die Regierung eine Steuersenkung von 280 Millionen nicht in Frage komme, habe sie aber «deutsch und deutlich» formuliert.

**Haas enttäuscht**

«Im Westen nichts Neues», kommentierte Adrian Haas gestern die Regierungsantwort. Nach wie vor sei die Bereitschaft nicht da, «im Steuerbereich etwas zu machen». Haas will sich nun auf eine Entlastung von 200 Millionen (inklusive Progressionsausgleich) beschränken und hofft auf den Grossen Rat. SP-Präsidentin Irène Marti ihrerseits taxierte die Regierungsantwort auf die Motion Erb/Haas als «sehr merkwürdig». Die Regierung, sagte sie, sollte eine klarere Linie fahren und dem Schuldenabbau und der Konsolidierung der Staatsfinanzen den Vorrang vor Steuersenkungen geben.

## Regierungsrat beschliesst die grosse Bezirksreform

**VERWALTUNG** Nach jahrelangem politischem Tauziehen und zwei ausführlichen Vernehmlassungen hat der Regierungsrat die Vorlage für die umstrittene Bezirksreform nun beschlossen. Die dezentrale Kantonsverwaltung wird in fünf Regionen und zehn Kreisen (mit Statthaltern) neu organisiert. Rund 50 Stellen sollen dabei abgebaut werden.

**5 Regionen und 10 Kreise**

Fünf Verwaltungsregionen soll es nach dem Reformprojekt künftig geben: Berner Jura, Seeland, Emmental/Oberaargau, Mittelland, Oberland. Regional organisiert werden etwa das Grundbuchwesen, das Betreibungs- und Konkurswesen, das Zivilstandswesen, Berufs- und Erziehungsberatung und die Steuerverwaltung.

Zehn neue Verwaltungskreise werden die wesentlichen Aufgaben der heutigen 27 Regierungstatthalterämter übernehmen. Folgende zehn Kreise sind geplant:

- Berner Jura (Statthaltersitz: Courtelary)
- Seeland (Nidau)
- Emmental (Langnau)
- Oberaargau (Wangen)
- Mittelland Nord (Bern)
- Mittelland Süd (Belp)
- Thun
- Obersimmental/Saenen (Saenen)
- Frutigen/Niedersimmental (Frutigen)
- Oberland Ost (Interlaken)

Die zweite Vernehmlassung habe am im Sommer vorgelegten

Projekt nicht mehr viel geändert, erklärte Justizdirektor Werner Luginbühl gestern auf Anfrage. Viel Druck gemacht, allerdings erfolglos, haben Politiker aus dem Seeland, welche die Aufteilung des Seelands in zwei Verwaltungskreise, einen ländlichen und einen städtischen, gefordert hatten. Grosse Zweifel gabs in der Vernehmlassung am von der Justizdirektion errechneten jährlichen Sparpotenzial von 7 Millionen Franken. Hier geht es effektiv «grosse Unsicherheiten», räumt Luginbühl ein.

Vier Gemeinden wurden gegenüber dem Vernehmlassungsprojekt neu eingeteilt: Hindelbank, Krauchthal und Kernenried in den Kreis Emmental, Landiswil in den Kreis Mittelland Süd.

**Laienrichter bleiben**

Gleichzeitig mit der Bezirksreform soll auch eine (weit weniger umstrittene) Justizreform erfolgen. Die heute 13 erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichte sollen zu vier regionalen Gerichten zusammengelegt werden. Hier hat die Vernehmlassung zu einer Projektänderung geführt. An den Kriminalgerichten, die die schwereren Straffälle beurteilen, sollen entgegen ursprünglicher Absicht auch künftig Laienrichter mitwirken.

Der Grosse Rat soll die Reformprojekte im Januar und März 2006 beraten, die Volksabstimmung ist für den Herbst 2006 geplant. In Kraft treten könnte die Reform 2009. (sw)

# Zwischen Wissenden und Unwissenden

Zur offiziellen Eröffnung der Pädagogischen Hochschule Bern musste Erziehungsdirektor Annoni Kritik kontern

Die seminaristische Lehrerbildung hat 170 Jahre überdauert, die universitäre vier Jahre. Gestern hat im Kanton Bern nun offiziell das Zeitalter der Pädagogischen Hochschule begonnen.

RETO WISSMANN

Lehrkräfte sind Schatzsucher, pädagogische Wegelagerer, Zehnkämpfer, Verhaltensingenieure, Seelenmörder, Beziehungsarbeiter, Agenten des Zivilisationsprozesses, Dompteure oder Freizeitechniker. Walter Herzog, Schulratspräsident der Pädagogischen Hochschule, zählte gestern eine ganze Reihe von Metaphern auf, die mit dem Lehrerberuf in Verbindung gebracht werden. Im Bildungswesen halte sich jeder für einen Experten, und «selbst in der Lehrerbildung scheinen die anderen immer besser zu wissen, was richtig ist».

Doch was macht eigentlich den Lehrerberuf aus, fragte Herzog an der offiziellen Eröffnung der dritten Berner Hochschule. «Was den Beruf im Kern auszeichnet, ist die Vermittlung», so der Schulratspräsident. Immer gehe es darum, auf zwei Seiten zu stehen, zwei Positionen zu berücksichtigen, zwei Standpunkte zueinander ins Verhältnis zu bringen. «Wie Hermes, der Götterbote, pendeln Lehrkräfte zwischen den Wissenden und den Unwissenden. Sie übersetzen, überbrücken, übertragen und überliefern. Dazu bedürfen sie einer Vernunft, die sie befähigt, Übergänge zu gestalten, Differenzen zu verstehen und Grenzen zu überschreiten. Dies macht den Beruf so anspruchsvoll und belastend.» Die Vermittlung sei eine Lebensform und nicht eine Tätigkeit, so Herzog weiter. Aufgabe der Pädagogischen Hochschule sei es daher, junge Menschen in die Le-



Der Corporate Identity zuliebe überreichte Mario Annoni dem Rektor eine PH-Bern-Krawatte.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

bensform der Vermittlung einzuführen.

**«Grenzen der Autonomie»**

Die gut 200 geladenen Gäste und Mitarbeiter der Pädagogischen Hochschule Bern konnten gestern im Bierhübeli nicht nur die offizielle Eröffnung der neuen Lehrerschmiede und den vorläufigen Abschluss einer langen Reformgeschichte feiern, sondern mussten sich auch mit handfester Politik auseinandersetzen. Schulratspräsident Herzog hatte im «Bund» vom 29. Oktober die ungenügende Autonomie der Schule bemängelt und deswegen die Erziehungsdirektion hart kritisiert.

«Dort, wo die Pädagogische Hochschule die Autonomie zur Sicherung der Qualität braucht, ist sie da und kann genutzt werden», entgegnete Mario Annoni gestern. Er hat sich während seiner ganzen acht Jahre als Erziehungsdirektor mit der Reform der Lehrerbildung herumgeschlagen. Es gebe jedoch Grenzen der Autonomie, da eine Hochschule einen öffentlichen Auftrag zu erfüllen habe und die Öffentlichkeit Einfluss darauf nehmen wolle. «Dies gilt für die Pädagogische Hochschule in besonderem Masse, weil der Kanton praktisch alleiniger Arbeitgeber ist und die Lehrkräfte eine öffentliche Aufgabe erfüllen.» Die Verwaltung

gebe den Institutionen den grösstmöglichen Freiraum, versprach Annoni.

Losgelöst von der Tagespolitik sprach der in Köniz aufgewachsene und heute in Berlin lehrende Philosophieprofessor und Bestsellerautor Peter Bieri alias Pascal Mercier («Nachtzug nach Lissabon») über das Wesen der Bildung. «Der Gebildete ist einer, der ein möglichst breites und tiefes Verständnis der vielfältigen Möglichkeiten hat, ein menschliches Leben zu leben», sagte Bieri. Der Gebildete sei auch einer, der zwischen rhetorischen Fassaden und wirklichen Gedanken unterscheiden könne. Den Lehrerberuf be-

zeichnete Bieri, der selber in einer Lehrerfamilie aufgewachsen ist, als «einen der wichtigsten Berufe überhaupt».

**Bern hat eine der grössten PHs**

Die Pädagogische Hochschule Bern hat ihren Betrieb bereits am 1. September aufgenommen. Mit 2161 eingeschriebenen Studierenden, 800 Mitarbeitenden und einem Budget von 84 Millionen Franken gehört sie neben der PH Zürich zu den grössten Pädagogischen Hochschulen der Schweiz. Unter einem organisatorischen Dach vereint sie die Lehreraus- und -weiterbildung für die Stufen Kindergarten bis Gymnasium.

KURZ

**Barbara Egger unzufrieden**

**CARGO** Regierungsrätin Barbara Egger akzeptiert den von SBB Cargo angekündigten Abbau beim Güterverkehr nicht. Verschiedene Regionen des Kantons würden nicht mehr bedient, die flächendeckende Versorgung sei nicht mehr gewährleistet. Egger erachtet diese Massnahmen als Rückzug von SBB Cargo aus der Fläche. Für diesen Fall sehe die Leistungsvereinbarung des Bundes mit der SBB ein Konsultationsverfahren mit den Kantonen vor, das nun durchzuführen sei. Egger präsidiert die schweizerische Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs. Auch diese Konferenz hat sich gegen den Abbau gewandt. SBB Cargo kündigte letzte Woche an, das Netz ihrer Bedienungspunkte um die Hälfte auf 323 zu reduzieren. (sda)

**Diebespaar festgenommen**

**ERISWIL** Die Kantonspolizei hat in Eriswil ein junges Paar festgenommen, das im Oberaargau und Emmental über 30 Serviceportemonnaies in Restaurants entwendete. Der 21-jährige Mann und die 24-jährige Frau sind geständig. Der Deliktbetrag liegt bei mehreren tausend Franken, wie die Kantonspolizei in einer Mitteilung schreibt. Das Paar, das mit einem Kleinkind unterwegs war, verwendete das Geld hauptsächlich zum Kauf von Drogen. (sda)

**Ordination im Münster**

**REFORMIERTE KIRCHE** Am Sonntag ordinieren die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn im Berner Münster sechs Männer und fünf Frauen zum pfarramtlichen Dienst. Der Gottesdienst beginnt um 10 Uhr. Ordiniert werden: Werner Ammeter, Steffisburg; Reto Bichsel, Zuchwil; David Bringold, Jegenstorf; Claudia Buhmann, Zollikofen; Tobias Fluri, Bern; Katja Janz, Bern; Raphael Thomas Molina, Belp; Manuela Ott, Wimmis; Barbara Preisig, Bern; Frank Georg Rytz, Belp; Esther Schiess, Bern.

**Frauen-Musik-Forum geehrt**

**TRUDY-SCHLATTER-PREIS** Der Trudy-Schlatter-Preis für Frauenwerke 2005 der Frauenzentrale Bern geht an das Frauen-Musik-Forum Schweiz in Bern. (pd)